Behörden Spiegel
newsletter
Rettung. Feuer. Katastrophe.

NeueStadt.org
Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Nr. 73 Berlin und Bonn 20. Oktober 2022 ISSN 2699-9749

Broemme meint

Fachkräftemangel im Rettungsdienst

(BS) Der Rettungsdienst ist ein kleiner, aber wichtiger Teil des Gesundheitswesens. Das Gesundheitswesen ist von der Menge der Arbeitsplätze her der größte Arbeitgeber in Deutschland. Ein Mangel im Rettungsdienst bedeutet, dass es nicht genügend Menschen gibt, die sich nicht für diese Aufgabe interessieren, um eine sehr anspruchsvolle Ausbildung zu durchlaufen. Die Ausbildung wurde vor Jahrzehnten in der Erwartung immer höhergeschraubt, dass mit einem höherwertigen Abschluss auch die Verfügung steigt - was so nicht der Fall war.

Solange die Ausbildung an Rettungsdienstschulen stattfindet, an denen die Auszubildenen Studienbeiträge selber tragen müssen, die Auszubildenen aber nicht wissen, wo sie ihr erforderliches Praktikum absolvieren können, hat man ein Konstrukt, was schon bei geringer Nachfrage nicht funktioniert. Bei großem Bedarf erst recht nicht.

Ich bin der Meinung, dass das "Retten" lernen eine wunderbare Sache ist. Aber diese Art von Ausbildung gehört auf den Prüfstand gestellt und erneuert. Dies ist eine wichtige Möglichkeit, dem Mangel entgegenzuwirken.

Albrecht Broemme
Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Stärkungspaket Bevölkerungsschutz gefordert

Wer ist in der Pflicht mehr zu zahlen? Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) (links) und der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat, Mahmut Özdemir (SPD), haben unterschiedliche Vorstellungen.

Screenshots: BS/Klawon

(BS) Der Bundesrat fordert von der Bundesregierung mehr Engagement im Bereich des Bevölkerungsschutzes. Mit einem Stärkungspaket soll der Bund dem Bevölkerungsschutz in den nächsten zehn Jahren rund zehn Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dazu hat der Bundesrat eine Entschließung an die Bundesregierung weitergeleitet.

Der Entschließungsantrag geht auf die Initiativen der Länder Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein zurück. Der Antrag nimmt den Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) vom Juni 2022 inhaltlich auf. Auf dieser IMK wurde beschlossen, dass neben dem finanziellen Engagement der Länder der Bund Gelder für die Stärkung des Bevölkerungsschutzes bereitstellen soll, damit notwendige Strukturen geschaffen und wiederaufgebaut werden können, um der Bevölkerung bei länderübergreifenden Lagen einen adäquaten Schutz bieten zu können.

"Kürzungen sind ein schlechtes Zeichen"

Eine nachhaltige Stärkung sei im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, den Klimawandel und hybride Bedrohungen geboten. "Wir haben es nicht mit nur einer Krise zu tun. Corona, Klimawandel, Krieg - Die 20er-Jahre unseres Jahrhunderts sind ein Krisenjahrzehnt", erklärt dazu Thomas Strobl (CDU), Innenminister des Landes Baden-Württemberg. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) habe den Bruch der Friedensordnung am 24. Februar richtiger Weise als eine Zeitenwende bezeichnet. "Worte reichen nicht aus. Der Feststellung einer Zeitenwende müssen Taten folgen", fordert der Innenminister. Es habe Einigkeit bestanden, dass der Zivilschutz gestärkt werden müsse, so Strobl weiter. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die diskutierten Kürzungen im Katastrophenschutz im Bundeshaushalt. Es dürfe nicht an der Sicherheitsarchitektur des Landes gespart werden. Die Länder, die originär für den Katastrophenschutz zuständig sind, brächten die notwendigen Finanzmittel dafür auf, so Strobl. Doch während die Länder ihre Ausgaben in diesem Bereich erhöhen würden, würde der Bund mit den geplanten Kürzungen ein schlechtes Zeichen senden.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und dem Technischen Hilfswerk (THW) beliefen sich die Ausgabenkürzungen auf bis zu 40 Prozent. Das Sirenenförderprogramm des Bundes sei dreifach überzeichnet, bemängelt Strobl.

Auf dem Weg des kooperativen Föderalismus

Man brauche ein krisenfesteres Deutschland, sagt Mahmut Özdemir (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat. Das Ziel der Resilienzsteigerung werde von Bund und Ländern gemeinsam verfolgt. Man traue sich erstmals auf den Weg des kooperativen Föderalismus.

"Zu den Maßnahmen und Handlungserfordernissen gehören ein gemeinsames Ressourcenmanagement für den Schutz der Bevölkerung, eine strukturelle Verbesserung des gemeinsamen Krisenmanagements, eine Präventionskampagne von Bund und Ländern zu Stärkung des Gefahrenbewusstseins und zur Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung und die Weiterentwicklung des Sirenennetzes", skizziert Özdemir die Aufgaben. Ein erster Schritt in diese Richtung sei die Einrichtung des Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) gewesen. Zudem verwies er in diesem Zusammenhang auf den verkündeten Neustart des Bevölkerungsschutzes, den Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im Juli verkündet hatte.

Özdemir sieht aber auch die Länder in der Pflicht, mehr in ihr originäres Aufgabenfeld zu investieren. "Es reicht nicht alleine aus, den Bund aufzufordern, erhebliche Investitionssummen zur Verfügung zu stellen", so der Staatssekretär. Er wirbt dafür, dass sich Bund und Länder aber nicht in Zuständigkeitsdebatten verlieren. Man müsse der Verantwortung gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich gerecht werden.

Die Bundesregierung entscheidet, wann sie sich mit den Anliegen aus der ihr zugeleiteten Entschließung befasst. Feste Fristen gibt es hierzu nicht.

Acht Millionen Euro für Munitionsaltlasten

(BS) Die aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee stellen weiterhin ein enormes Risiko dar. Das Sofortprogramm zur Bergung und Vernichtung dieser Altlasten erhält im kommenden Jahr nun zusätzliche Mittel in Höhe von acht Millionen Euro. Dadurch bekommt der entsprechende Titel "Nationaler Meeresschutz" 30 Millionen Euro, statt der ursprünglich im Regierungsentwurf veranschlagten 22 Millionen Euro.

Nach Informationen des Umweltbundesamtes lagern in der Nord- und Ostsee immer noch Altlasten von etwa 1,6 Millionen Tonnen konventioneller Munition und 5.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe, zum Großteil in Behältnissen bzw. Ummantelungen, die nach rund 80 Jahren im Salzwasser kaum noch als sicher gelten können. Da es sich um ehemalige Kampfstoffe handelt, besteht das Risiko nicht nur für die Natur, sondern vor allem auch für Menschen. "Bis heute werden Brocken von weißem Phosphor, die wie Bernstein aussehen, an deutsche Strände gespült, insbesondere bei Usedom, wo ca. 1,2 Tonnen durch Fehlwürfe von Brandbomben ins Meer gelangten", beschreibt das Bundesumweltamt ein Beispiel. "Durch Verwechslungen mit Bernstein können Unfälle durch Strandfunde von weißem Phosphor eher an den Ostseestränden als an der Nordsee auftreten.

Auch nachh 77 Jahren stellen Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg eine Gefahr dar.

Foto: BS/Feldmann

Behörden Spiegel
NEWSLETTER & PODCASTS

(BS) In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

Newsletter "Netzwerk Sicherheit" 17. Oktober:

- Gewalt gegen Polizisten gestiegen
- Ermittlungen wegen Menschenhandel gestiegen
- Handlungsempfehlungen für die Polizei Berlin
- Neuer DIN-Standard für Fahrzeug-Sicher heitsbarrieren

Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 17. Oktober:

- European Sky Shield-Initiative
- "Non Visible Data" gewinnt NATO Innovation Challenge
- Ägyptische IRIS-T SL an die Ukraine geliefert
- Rollout des ersten modernisierten CV90 der Niederlande

Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 19. Oktober:

- BSI steht vor längerer Hängepartie
- Neue Ransomware attackiert Systeme in der Ukraine und Polen
- ELSTER, yeah – digitale Identität, buuh

E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:

- Der Weg der Spende beim Bündnis "Aktion Deutschland Hilft"

PODCASTS

Podcast "Public Sector Insider" 18. Oktober:

- Notstand im Rettungsdienst

Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 21. September:

- Kommt der digitale Euro?

Podcast "Voices in Defence" vom 16. September:

- OCCAR-Direktor im Interview

69 Millionen für Pandemievorsorge

(BS) Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich mit 69 Millionen Euro an einem Fonds der Weltbank für Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion. Ziel des Fonds ist es, ärmeren Ländern eine bessere Krisenreaktion bei Infektionsausbrüchen sowie eine bessere Pandemievorsorge zu ermöglichen.

Der Fonds sei eine Lehre aus der Corona-Pandemie, sagt Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD). Es habe am Anfang der Pandemie lange gedauert, bis die Weltgemeinschaft genügend Geld mobilisiert hätte und die weltweite Impfkampagne angelaufen sei. Zudem seien in vielen Entwicklungsländern die Gesundheitssysteme überfordert gewesen. "Bei der nächsten Pandemie wollen wir als Weltgemeinschaft besser vorbereitet sein. Deshalb brauchen wir einen Fonds, der sofort einspringt, wenn eine neue Pandemie droht. Genau das haben wir jetzt erreicht gemeinsam mit vielen Länder wie Indonesien, China und Südafrika, die zum ersten Mal mit größeren Beiträgen in einen internationalen Fonds einzahlen", so Schulze weiter.

Ein Fonds der Weltbank soll zu einer besseren Pandemievorsorge beitragen.

Foto: BS/Alexandra_Koch, pixabay.com

Konkret sollen Labore in ärmeren Ländern besser ausgestattet, öffentliche Gesundheitssysteme ausgebaut und Personal ausgebildet werden. Ebenso sollen Frühwarnsysteme ausgebaut und Daten- und Auswertungssysteme besser miteinander vernetzt werden. An dem Fonds, der Ende Juni 2022 ins Leben gerufen wurde, beteiligen sich bisher 22 staatliche und nicht-staatliche Geber. Die Summe des Fonds soll sich auf 1,4 Milliarden Euro belaufen. Der Fonds setzt keine Maßnahmen selber um, sondern beauftragt leistungsfähige Partner. Dazu gehören UN-Organisationen, insbesondere die Weltgesundheitsorganisation WHO, die Weltbank und weitere Entwicklungsbanken sowie andere Fonds im Gesundheitsbereich.

Keine Zeit verlieren beim Ausbau

(BS) Weil der Bund zu wenig Geld für den Aus- und Aufbau der Sireneninfrastruktur zu Verfügung stellt, ergreift das niedersächsische Innenministerium die Initiative und legt ein landeseigenes Förderprogramm in Höhe von zehn Millionen Euro für die Jahre 2023/2024 auf. Dies kündigte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) an.

Für die beiden kommenden Jahre stehen jeweils fünf Millionen Euro bereit. Mit dem niedersächsischen Förderprogramm werden 22 Katastrophenschutzbehörden mit insgesamt 773 Sirenenstandorte im Land gefördert. Die Förderung erfolgt über die Sirenenförderrichtlinie des Landes Niedersachsen und stockt das vom Bund aufgelegte Förderprogramm für die Jahre 2021/2022 auf. Aus dem Bundesprogramm standen bislang acht Millionen Euro für das Land Niedersachsen zur Verfügung.

Veränderte Sicherheitslage forciert Ausbau

"Die ‚Weckfunktion' – insbesondere nachts, wenn das Smartphone vielleicht lautlos geschaltet ist – kann letztlich nur durch die Sirene erfüllt werden. Mit dem Ende des Kalten Krieges in den 90er Jahren wurde das Sirenennetz in Deutschland durch den Bund in den Folgejahren nachvollziehbarer Weise nach und nach abgebaut. In Anbetracht der heute veränderten Sicherheitslage, sehe ich in erster Linie den Bund in der Verantwortung und der Zuständigkeit ein bundesweites Sirenennetz aufzubauen. Die bislang zur Verfügung gestellten Bundesmittel reichen allerdings bei Weitem nicht aus", erklärte Pistorius.

Neue Ausrichtung beim ASB

(BS) Nach acht Jahren im Amt als Präsident des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) übergibt Franz Müntefering (SPD) seinen Posten an Katarina Barley (SPD). Die neue Präsidentin lobt die Arbeit ihres Vorgängers, steckt aber neue Ziele für ihre Amtszeit ab.

Barley weist auf die große Herausforderung steigender Energiekosten für soziale Träger hin. "In Altenheimen kann man nicht einfach die Heizung herunterdrehen oder für die Dienstleistungen mehr Geld verlangen", machte die SPD-Politikerin deutlich. Soziale Einrichtungen sähen sich unkalkulierbar hohen Preissteigerungen ausgesetzt. Zudem sei nicht klar, wie soziale Träger in Rettungsschirmen berücksichtigt werden. Es bedürfe anderer Lösungen als in der Privatwirtschaft.

Neben der Frage der Energieversorgung soll unter Barleys Präsidentschaft das Thema Fachkräftemangel im Fokus stehen. Bereits jetzt gäbe es 4,5 Millionen Pflegebedürftige und nicht genügend qualifiziertes Fachpersonal. Ein Trend, der sich im Hinblick auf die demografische Entwicklung noch verschärfen werde.

Fachkräftemangel als zentrale Herausforderung

Um diesem Mangel zu begegnen, fordert die Präsidentin, Eigenanteile in der Pflege zu deckeln. Auch gelte es, unausgeschöpfte Arbeitsmarktreserven aufzutun. Vor allem müssten aber ausländische Fachkräfte angeworben werden. Barley fordert deshalb eine neue Willkommenskultur in der Pflegebranche. "Bei vielen ist noch nicht angekommen, dass wir ein Einwanderungsland sind und auch sein müssen." Den Zuzug für ausländische Fachkräfte gelte es daher zu vereinfachen. ASB-Bundesvorsitzender Knut Fleckenstein formuliert zudem Forderungen zum Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Er verlangt auch Krisensituationen in das Aufgabenfeld des Katastrophenschutzes zu inkludieren (z.B. große Migrationsbewegungen). Statt wie bisher den Katastrophenschutz auf der Ebene der Länder zu organisieren, fordert der Bundesvorsitzende Koordination auf Bundesebene. Insbesondere, wenn Einsatzlagen mehrere Bundesländer beträfen, sei dies notwendig.

Doch auch auf Seiten der Bevölkerung bestehe Verbesserungsbedarf. Die Katastrophe im Ahrtal hätte bewiesen, dass Resilienzen gestärkt und Wissen über das richtige Verhalten im Ernstfall vertieft werden müsse. Zudem sieht Fleckenstein die Bundesregierung in der Pflicht, bundesweite Regelungen zur Freistellung von im Katastrophenschutz tätigen Personen zu verabschieden.

Brandbekämpfung: feine Unterschiede bei E-Fahrzeugen

(BS) Nicht selten liest man in der Tagespresse reißerische Schlagzeilen über ausufernde Feuerwehreinsätze und über Stunden wütende Feuer, wenn Elektrofahrzeuge in Brand geraten. Ein Blick in die Statistiken verdeutlicht jedoch, dass die Feuerwehren sehr gut in der Lage sind, Fahrzeuge mit alternativen Antrieben zu löschen. Unterschiede im Vergleich zu konventionellen Fahrzeugen bestehen aber dennoch.

Dipl. Ing. Dr. Rolf Erbe, Dozent an der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie (BFRA), vergleicht die gegenwärtige Verunsicherung bezüglich der Brandgefahr durch Elektrofahrzeuge mit der Situation der Einführung von Air Bags. Auch damals wurden Schreckensnachrichten verbreitet. Nach der Einführungsphase erwies sich die Technik aber als sehr sicher. Der Experte prognostiziert daher: “In zehn Jahren werden wir zurückblicken und uns über die Ängste damals wundern.“ Allerdings müssten die Feuerwehren lernen, wie mit Fahrzeugtypen der Elektro- und Hybridklasse umzugehen sei. Die Zusammenarbeit mit der Industrie sei dafür unerlässlich. Gleichsam sei auch ein Bewusstsein in der Bevölkerung über die potenzielle Gefahrenquelle "Akku" von Nöten.

Die Feuerwehren sind bereits sehr gut in der Lage, Brände an Elektro-Fahrzeugen zu bekämpfen. Verbesserungspotenzial besteht aber dennoch.

Foto: BS/ Kollinger, pixabay.com

Einsatzabläufe sind vergleichbar

Der bisherige Modus Operandi sieht vor, dass die Feuerwehren beim Eintreffen an der Brandstelle zunächst einen Löscheinsatz, wie bei jedem brennenden Kraftfahrzeug durchführen. Ist die akute Brandsache gelöscht, muss in einem Folgeschritt überprüft werden, ob es sich beim brennenden Fahrzeug um ein Elektro- oder Hybridfahrzeug handelt. Ist dies der Fall, ist die Temperatur der Batterie zu messen, um Rückschluss über die Gefahr einer möglichen Entzündung zu erhalten. In den seltensten Fällen gerät die Batterie in Brand. Weitaus häufiger ist das sogenannte Ausgasen, also das Austreten dichten weißen Nebels. Trotz des anregenden Duftes der Dämpfe, warnt der Experte eindringlich davor diese einzuatmen. Sobald die Reaktion durch Kühlung gestoppt und die Batterietemperatur auf ein akzeptables Maß gesunken ist, kann das Fahrzeug abtransportiert werden. Bei diesem Prozess bestehen jedoch noch Unklarheiten. Aufgrund der Gefahr einer erneuten Entzündung müssen die Fahrzeuge überwacht oder unter Quarantäne gestellt werden. Eine zeitraubende Aufgabe, die aus Sicht Erbes nicht den Feuerwehren überlassen werden sollte. Er begrüßt erste Ansätze der Bergungsindustrie, die havarierten Fahrzeuge in Containern abzutransportieren. Die Gefahr durch eine erneute Entzündung sowie das Austreten des mit gesundheits- und umweltschädlichen Chemikalien versetzten Löschwassers ist auf diesem Weg gebannt.

Fazit über bisherige Einsätze

Auffällig ist, dass mehr Löschwasser und Zeit zur Bekämpfung der Brände an Elektrofahrzeugen aufgewendet werden muss. Wenn die Reaktion in der Batterie beginnt, bleibt den Feuerwehren meist nur noch von außen zu kühlen. Auf diese Weise kann die Reaktion nur eingeschränkt, nicht aber unterbrochen werden. Erbe fordert die Automobilhersteller deshalb auf, Zugriffswege für die Feuerwehren zu schaffen, damit die Batterie selbst gelöscht werden kann. Auch eine einheitliche und einfache Möglichkeit den Stromkreis zu unterbrechen, wünscht sich der Experte von den Automobilherstellern.

NeueStadt.org
Zukunft – Stadt und Region
Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Seid gewarnt!
Warn- und Meldesysteme in Gefahrenabwehr

17.11.2022, 14.00 – 15.30

Mehr unter: www.neuestadt.org

Grafik:en © VectorMine, stock.adobe.com

Notarztstudie in Bayern vorgestellt

(BS) Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die Ergebnisse der bei der Universitätsklinik München in Auftrag gegebenen Studie über den Zustand des bayerischen Notdienstes (Notarztstudie 2021) vorgestellt und zieht eine positive Bilanz: "In Bayern ist die Notfallversorgung weiterhin ausgezeichnet."

Die Studie, durchgeführt vom Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement, hat die bestehenden notärztlichen Strukturen in Bayern untersucht und soll Anstöße zur Weiterentwicklung der Notarztversorgung im Freistaat geben. Die Ergebnisse dienen nun verschiedenen Verbänden und Vereinigungen aus dem Gesundheitswesen als Informationsgrundlage zur Entscheidung über weitere Verbesserungsmöglichkeiten im Notfallwesen.

Anstieg von Einsätzen

Der Studie lagen die Daten im Zeitraum von 2010 bis 2019 zugrunde. Sie verzeichnet einen Zuwachs an Standorten, jedoch auch einen Anstieg bei der Anzahl von jährlichen Notfällen: Während bis 2021 die Notarztstandorte von 222 auf 229 erhöht worden sind, stiegen die Notfalleinsätze sogar um knapp 44 Prozent auf 1.074.640 im Jahr 2019. Bezogen auf das Jahr 2019 trafen Notärztinnen und Notärzte in knapp 93 Prozent der Fälle innerhalb von 15 Minuten am Einsatzort ein, in etwa 98 Prozent innerhalb von 20 Minuten. Minister Herrmann zeigt sich mit den Studienergebnissen zufrieden: "Das wichtigste Ergebnis ist: Die flächendeckende Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit notärztlichen Leistungen ist sichergestellt", fasst er zusammen. Weiterhin unterstreicht er die Vorteile des bayerischen Systems: So verfüge Bayern bundesweit über die größte Dichte an Rettungshubschraubern und nutze neue Konzepte wie die Telemedizin, bei der Notärztinnen und Notärzte mittels Videoübertragung zu Rate gezogen werden könnten. Darüber hinaus liefen Pilotprojekte zur Entlastung des Notfallwesens bei minderschweren Fällen – hier könne auf Rettungswagen samt medizinischem Personal zugunsten von Rettungsfahrzeugen verzichtet werden, um so das System zu entlasten.

Keine Kapazitätsengpässe zu befürchten

Laut Herrmann bestehe selbst bei einem vorrübergehenden Ausfall in der Besetzung eines Notfallstandortes kein Grund zur Sorge. Dank guter Kapazitäten könne in solchen Fällen wahlweise auf einen nahen Nachbarstandort ausgewichen oder die Luftrettung genutzt werden. "Ausfälle bei der Besetzung von Notarztstandorten sind nicht mit Defiziten in der Versorgung der Patienten gleichzusetzen", betont er. Primär sollten Rettungswagen als Einsatzfahrzeuge genutzt werden. Übergeordnetes Ziel sei es jedoch, dass in 80 Prozent aller Notfälle der Einsatzort innerhalb von zwölf Minuten erreicht werde.

Nachfolger in RLP

(BS) Nun ging es schnell. Ein Tag nach dem Rücktritt von Roger Lewentz (SPD) als Innenminister von Rheinland-Pfalz wurde Michael Ebling (SPD) zum neuen Innenminister des Landes ernannt. Ebling war zuvor Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz und Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Beide Ämter wird er mit Antritt niederlegen. Der neue Innenminister war seit 2012 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt. Zuvor war er Staatssekretär im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturministerium von Rheinland-Pfalz. Ebling kündigte an, dass der Wiederaufbau des Ahrtals den Schwerpunkt seiner Arbeit bilden werde. So wolle er Vertrauen zurückgewinnen. Lewentz war wegen seinem Krisenmanagement während der Flutkatastrophe 2021 unter Druck geraten.

Der neue Innenminister von RLP: Michael Ebling.

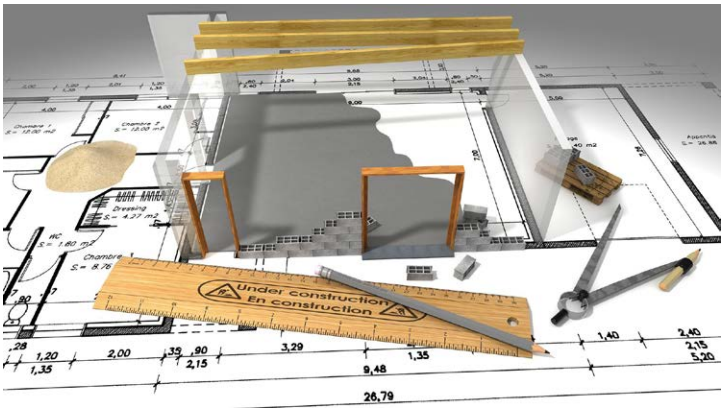
Foto: BS/Landeshauptstadt Mainz

NeueStadt.org
Zukunft – Stadt und Region
Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel
Die Technik macht´s
Moderne (Fahrzeug-)Technik in der Gefahrenabwehr
14.12.2022, 14.00 – 15.30
Mehr unter: www.neuestadt.org

Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

BIM als Zukunftsmodell im Brandschutz

(BS) Die zentralen Informationen zur Planung, Bau und Betrieb eines Gebäudes zirkulieren heute zumeist dezentral zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Diese wenig durchschaubare Praxis wird in Zukunft zunehmend durch zentrale Building Information Modeling Systeme (BIM) abgelöst. Wie aber kann der Brand- und Katastrophenschutz von diesem Digitalisierungssprung profitieren?



Expertinnen und Experten erwarten die zunehmende Verbreitung des sogenannten BIM, es hat auch für den Brand- und Katastrophenschutz Potenzial.

Foto: BS/Amigos3D, pixabay.com

Im Vergleich zu herkömmlichen Planungsmethoden sind beim BIM alle Informationen zu allen Lebensphasen eines Gebäudes - von der Planung über den Bau bis hin zum Betrieb - in einer sogenannten Central Data Environment (CDE) gespeichert. Zu festgelegten Zeitpunkten werden neue Informationen in das System eingespeist. Alle relevanten Akteurinnen und Akteure können fortan auf diese zugreifen. Während in herkömmlichen Querschnittsplänen nur bestimmte Informationen ohne Kontextualisierung entnommen werden können, verknüpfen sich durch Anwendung von BIM komplexe Informationen und Zusammenhänge in einem dreidimensionalen Modell. Der Detailgrad der Datenbasis steigt mit jeder Bauphase. Bei konsequenter Anwendung liegt so in der Betriebsphase ein digitaler Zwilling des Baukomplexes vor. Zur Umsetzung von BIM existieren verschiedene Softwarelösungen. Auf dem Markt konkurrieren kostenlose sowie kostenpflichtige Anwendungen und solche mit offener und geschlossener Datenstruktur.

Anwendungsfälle im Brand- und Katastrophenschutz

Zum Zweck der Kostensenkung hat sich die Methode bereits bewährt. In Bezug auf den Brand- und Katastrophenschutz werden bisher nur Potenziale sichtbar. Unverkennbar hingegen sind bereits jetzt die Vorteile in der Visualisierung der Brandschutzmaßnahmen. Während die basale geometrische Information über vorhandene Brandpräventions- und Warnsysteme kaum einen Eindruck über deren praktische Distanzen vermittelt, erlaubt die dreidimensionale Darstellung eine plastische Abbildung der Wirklichkeit. In der Entwicklung befindet sich zudem die weitergehende Verwertung der im CDE hinterlegten Daten. Diese könnten zum Beispiel in Genehmigungsprozessen zur Anwendung kommen.

Etablierung von Standards

Dipl. Ing. Dominique Max vom Ingenieurbüro für Brandsicherheit AGB fordert daher, die Schaffung spezifischer Anforderungen, welche die Aufarbeitung der Modelldaten zur Anwendung in Prüffällen definieren. Entscheidungen über Baugenehmigungen könnten nach der Etablierung standardisierter Verfahren zukünftig direkt am Modell erfolgen. Der Experte gesteht allerdings ein, dass man sich erst am Beginn einer Entwicklung befinde. Der zukunftsweisende Charakter von BMI manifestiere sich aber schon jetzt in politischen Entscheidungen, die zu dessen Anwendung bei Bauprojekten der öffentlichen Hand verpflichten. Max richtet deshalb einen Appell an alle in der Brand- und Katastrophenprävention aktiven Personen: “Beschäftigen Sie sich mit dem Thema! Auf kurze Sicht wird der Mehrwert nicht ersichtlich sein, aber bei komplexen Gebäuden sind die Modelle sehr hilfreich.“

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.
www.f4p.online

DWD: Mehr Flugsicherheit im Fokus

(BS) Dank des neuen Datenverarbeitungssystems "NowCastSAT-Aviation" zur präzisen Prognose von Gewittern, das der Deutsche Wetterdienst (DWD) entwickelt hat, sind Flüge der Lufthansa jetzt noch sicherer. "In enger und intensiver Zusammenarbeit aller Beteiligten konnten wir diese für die Luftfahrt so wichtige Vorhersagekomponente in den operationellen Betrieb bringen und damit weitere qualitative Verbesserungen erzielen", stellt Dr. Renate Hagedorn, Vorstandsmitglied im DWD bei der Wettervorhersage, das System vor.

Gewitter stellen für Flugzeuge in der Luft eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar. Deshalb sind aktuelle Wettervorhersagen und -einschätzungen für einen sicheren Flug unverzichtbar. In Deutschland ist ein meteorologisches Briefing des DWD für die Cockpit-Besatzung aller Flugzeuge vor dem Start verpflichtend. Im Rahmen dieses Briefings hat die Lufthansa bisher auch das vom DWD bereitgestellte System EDP, "Eddy Dissipation Parameter", ein Programm zur Vorherbestimmung von universellen Turbulenzen, genutzt. Mit dem neu entwickelten System "NowCastSAT-Aviation", kurz NCS-A, können die Vorhersagen von zu erwartenden Gewittern und Turbulenzen nun ergänzt werden.

Funktionsweise von NCS-A

Das neue Kurzfristvorhersageverfahren NCS-A sendet während eines Fluges alle 15 Minuten aktualisierte Informationen über Gewitter an die Cockpit-Besatzung. Die Grundlage für das System bilden die Daten von fünf geostationären Satelliten, globale Blitzdaten eines externen Dienstleisters sowie Daten aus dem Wettervorhersagesystem des DWD. Aus diesen Informationen errechnet NCS-A dann die dreistufige Konvektionsstärke sowie die Wolkenobergrenze. Eine solche Integration der Informationen vom DWD in die Systeme der Lufthansa ermöglicht eine beinahe Echtzeit-Übertragung in fast 340 Flugzeuge. So können Pilotinnen und Piloten auf Basis der gelieferten aktuellen Daten entscheiden, ob eine Anpassung der Flugroute aufgrund von Unwettern erforderlich ist.

Fehlerhafte Warnungen vor Gewittern sind wegen der hohen Datenqualität nahezu ausgeschlossen. In Anlehnung an NCS-A sollen künftig weitere Programme auf europäischer Ebene folgen.

"Weitere Entwicklungen, wie beispielsweise die europäische Version der Gewittervorhersage für das Cockpit, stehen kurz vor der operationellen Einführung", so Hagedorn.

Ein neu entwickeltes System des DWD unterstützt die Flüge der Lufthansa für eine erhöhte Flugsicherheit.
Foto: BS/Wälz, pixabay.com

DIGITALER STAAT ONLINE

EXPERTISE.

NOVEMBER

DSGVO, Schrems, Cloud Act und Co.
Worauf Behörden bei der Digitalisierung bauen können

Freitag, 4. November 2022, 10:30 – 12:00 Uhr

Dr. Hans Markus Wulf
Rechtsanwalt und Partner, Heuking Kühn Lüer Wojtek

Thomas Unterbörsch
Director Business Development, OPITZ CONSULTING Deutschland

Thomas Buch
Senior Manager Sales, OPITZ CONSULTING Deutschland

IT-Sicherheit in der öffentlichen Verwaltung
Was muss ich wissen? Was muss ich tun?

Montag, 7. November 2022, 14:00 – 15:30 Uhr

Martin Weiß
Senior Sales Engineer Public, Sophos Deutschland

Andreas Daum
Rechtsanwalt

Anwendungsfälle für KI-getriebene Lösungen im Compliance- und DSGVO-Umfeld

Donnerstag, 10. November 2022, 10:30 – 12:00 Uhr

Manuel Brunner
Key Account & Partner Manager, IntraFind Software

Lars Bennek
Capgemini

Ganzheitliche Digitalisierung
Mitarbeitende in der Fläche erfolgreich integrieren

Freitag, 11. November 2022, 10:30 – 12:00 Uhr

Alexander Singer
Go-To-Market Manager Microsoft 365 for Public Sector

Mobile Kommunikation für Streitkräfte bis zur Geheimhaltungsstufe VS-NfD & Nato Restricted

Donnerstag, 17. November 2022, 10:30 – 12:00 Uhr

Dr. Ralph Peter Rembor
Vice President Sales, Materna Virtual Solution

Bastian Ernst
Senior Account Manager, Materna Virtual Solution

Sicherer Datenaustausch mit Bürgern und Behörden
ohne DSGVO-Falle

Donnerstag, 24. November 2022, 10:30 – 12:00 Uhr

Sebastian Borchi
Head of Sales, FTAPI Software

Sebastian Bolz
Technical Sales Consultant, FTAPI Software

www.digitaler-staat.online

“Praxisnah und nicht paragraphenorientiert denken“

(BS) Seit der Loveparade-Katastrophe in Duisburg sind Gefahren bei öffentlichen Veranstaltung stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt. Dazu zählen auch Brände. Prof. Dr. Gerd Geburtig ist Honorarprofessor für das Fachgebiet Brandschutz an der Bauhaus-Universität Weimar und Prüfingenieur für Brandschutz (bzw. Prüfsachverständiger) in mehreren Bundesländern. Er erläutert, wie das Risiko von und bei Bränden auf Veranstaltungen minimiert werden kann und räumt mit gängigen Fehlannahmen auf.

Nicht gängeln - Sicherheit wahren

Bei der Brandgefahr sei häufig ein eigenartiger Dualismus zu beobachten. Auf der einen Seite bestehe große Sorglosigkeit, gleichzeitig seien Brände Auslöser vieler Ängste. Bestenfalls sollten Brände völlig ausgeschlossen sein, aber gleichzeitig keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Eine widersprüchliche Haltung, der Geburtig eine realistischere Einschätzung entgegenstellt.

Der Experte stellt klar, dass Brände nicht vollumfänglich zu verhindern seien. Das Augenmerk liege deshalb vielmehr darauf, diesen vorzubeugen. Die materiellen und gesellschaftlichen Kosten, Brandfälle gänzlich zu unterbinden, seien unverhältnismäßig groß, so Geburtig. Es bestehe daher überhaupt nicht der Wunsch, Brandfälle vollständig zu verhindern. Als Brandschutzprüfer betrachtet er es deshalb als seine Aufgabe sicherzustellen, dass keine Gefahren entstehen und den Eintritt eines Brandereignisses bestmöglich zu verhindern. Es gilt, die Sicherheit zu wahren und nicht die Betreibenden unnötig zu gängeln.

Geburtig fordert ein praxisnahes statt ein paragraphenorientiertes Denken. Er berichtet von Kolleginnen und Kollegen, die überbordende Anforderungen stellen. Auch sei dringend davon abzusehen, im Zuge der Brandschutzprüfung die Baugenehmigung und das Brandschutzkonzept im Nachhinein anzuzweifeln. Eine Baugenehmigung sei immer nach der Verordnungslage zum Zeitpunkt der Errichtung des Gebäudes zu beurteilen. Diese Haltung sei allerdings kein Ausdruck von Leichtsinn, sondern vielmehr den Realitäten des Brandschutzes geschuldet. Denn reelle Gefahren, wie zum Beispiel fehlende Fluchtwege oder lose platzierte Gegenstände, welche diese blockieren könnten, seien konsequent zu beanstanden. Auch eine Brandschutztür darf nicht versperrt oder verrammelt werden, wenn sie ihrer Funktion dienen soll.

GdP-Chef: Polizeien nicht auf Mangellage vorbereitet

(BS) Mit gerade mal 38 Jahren ist Jochen Kopelke zum jüngsten Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gewählt worden. Die allgemeine und gesellschaftliche Lage könnte für einen Start in das Amt besser sein. Besonders der Blick in den Winter bereitet dem Polizisten Sorgen.

Er sagt, dass die Polizeien nicht ausreichend auf eine Gas- und Treibstoffmangellage vorbereitet seien. Was es braucht, um sich an diese und andere Krisensituationen anzupassen, erklärt Kopelke im Interview gegenüber dem Behörden Spiegel. Des Weiteren skizziert er im Gespräch die Schwerpunktthemen seiner Amtszeit und wie er mit Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten umgehen will.

Das Interview wird auf der Plattform Digitaler-Staat.Online am Freitag, den 28. Oktober um 13:00 Uhr, ausgestrahlt. Weitere Interviews und eine Anmeldemöglichkeit finden sich hier.

Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Foto: BS/Kay Herschelmann

NeueStadt.org

Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Mit Daten Leben retten

Digitalisierung in der Gefahrenabwehr

25.10.2022, 14.00 – 15.30

Mehr unter: www.neuestadt.org

Grafik:en © VectorMine, stock.adobe.com

Digitaler Katastrophenschutzkongress 2022

Der Wer zur resilienten Gesellschaft

14. und 15. November 2022 ***www.katastrophenschutzkongress.de***

14. November 2022

09:05 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Themen des Kongresses**
Uwe Proll, Herausgeber und Chefredakteur, Behörden Spiegel

09:15 Uhr **Grußwort**
Nancy Faeser*, Bundesministerin des Innern und für Heimat

09:35 Uhr **Gelernt aus Katastrophen - die Resilienzstrategie 2022**
Ralph Tiesler, Präsident, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

09:55 Uhr **Kongresspartner**

10:10 Uhr **Das THW als Säule der Resilienz**
Gerd Friedsam, Präsident, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

10:30 Uhr **Die neue Rolle der Bundeswehr in der Dauerkrise**
Generalmajor Carsten Breuer, Leiter des Corona-Krisenstabes

10:50 Uhr Pause / Besuch der digitalen Ausstellung / Networking im virtuellen Raum

11:30 Uhr **Parallele Online-Foren**

12:30 Uhr Pause / Besuch der digitalen Ausstellung / Networking im virtuellen Raum

12:45 Uhr **Vortrag**
Herbert Saurugg, Präsident, Österreichische Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV)

13:00 Uhr **Diskussionsrunde: "Zeitenwende auch für den Bevölkerungsschutz"**
Moderation: Uwe Proll, Herausgeber und Chefredakteur, Behörden Spiegel
Holger Berens Vorsitzender, Bundesverband für den Schutz Kritischer Infrastrukturen e.V.
Albrecht Broemme, Vorstandsvorsitzender, Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e. V.
Mag. Siegfried Jachs*, Referatsleiter „Krisensicherheit, Katastrophenhilfe und Bevölkerungsschutz", Innenministerium Österreich
Dr. Michaela Schärer*, Direktorin, Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS), Schweiz

14:00 Uhr Zusammenfassung des ersten Tages

15. November 2022

09:00 Uhr **Begrüßung**
Uwe Proll, Herausgeber und Chefredakteur, Behörden Spiegel

09:05 Uhr **Das DRK und Resilienz**
Christian Reuter, Präsident, Generalsekretär, Deutsches Rotes Kreuz

09:25 Uhr **Nehmen Zoonosen zu? Eine Einschätzung**
Prof. Dr. Heinrich Neubauer*, Leiter, Institut für bakterielle Infektionen und Zoonosen (IBIZ), Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI)

09:45 Uhr **Kongresspartner**

10:00 Uhr **Die neue Rolle der Feuerwehr und die Resilienz vor Ort**
Karl-Heinz Banser, Präsident, Deutscher Feuerwehrverband

10:20 Uhr Pause / Besuch der digitalen Ausstellung / Networking im virtuellen Raum

10:45 Uhr **Parallele Online-Foren**

11:45 Uhr Pause / Besuch der digitalen Ausstellung / Networking im virtuellen Raum

12:15 Uhr **Kongresspartner**

12:30 Uhr **Gespräch mit Niedersachsens Innenminister**
Boris Pistorius, Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

13:00 Uhr **Diskussionsrunde: Resilienz als Gemeinschaftsaufgabe – Verteilung von Aufgaben und Kompetenz im Bevölkerungsschutz**
Moderation: Uwe Proll, Herausgeber und Chefredakteur, Behörden Spiegel
Dr. Jessica Däbritz, Abteilungsleiterin „Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz", Bundesministerium des Innern und für Heimat
Leon Eckert*, MdB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Reinhard Sager*, Präsident, Deutscher Landkreistag
Ralph Spiegler*, Präsident, Deutscher Städte- und Gemeindebund

13:45 Uhr Zusammenfassung des zweiten Tages

Eine Veranstaltung von Behörden Spiegel

Impressum
Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.
Redaktionelle Leitung: Bennet Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).
ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,
E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.
Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.